

***Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU******Bremische Verwaltung für Europa fit machen!***

Die Bedeutung Europas nimmt in allen Bereichen bremischer Landespolitik zu. Die Anzahl europäischer Regelungen mit direkten oder indirekten Auswirkungen auf das Land Bremen wächst. Aktuelle Beispiele sind die Diskussion um gemeinsame europäische Standards auf dem Gebiet der Daseinsfürsorge oder die Zukunft der EU-Strukturförderung. Die Länderverwaltungen müssen ihr Augenmerk verstärkt darauf richten, dass die jeweiligen Fachressorts über die Kompetenz verfügen, sich rechtzeitig und sachgemäß zu europäischen Themen positionieren und daraus eigene Handlungsoptionen ableiten zu können. Ein wirkungsvolles europäisches Agieren hängt maßgeblich von der Verfügbarkeit europapolitischer und -rechtlicher Fachkompetenz in der Verwaltung ab.

Die Verwaltung des Landes Bremen verfügt mit der Europa-Abteilung und der Bremer Landesvertretung bereits über gut funktionierende Verbindungen zur EU-Kommission und zum EU-Parlament. Die existierenden Strukturen zur Koordinierung von EU-Abteilung und Fachressorts müssen noch weiterentwickelt werden. Dabei muss es Ziel sein, die Europakompetenz und -sensibilität der Verwaltung insgesamt weiter zu verbessern.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat bis April 2004 um einen Bericht über den Fortgang der Bemühungen, die Europafähigkeit der Verwaltung anhand der im November 2002 vorgestellten Maßnahmen (z. B. Angebot und Wahrnehmung europapolitischer Qualifizierungsmaßnahmen durch Bedienstete der bremischen Verwaltung, Relevanz EU-bezogener Kompetenzen bei Personalrekrutierung und -entwicklung, Ressortpräsenz und Hospitationen in der Brüsseler Vertretung, Abordnungen in die Europäische Kommission etc.) zu verbessern.

Rainer Nalazek, Jens Böhrnsen und Fraktion der SPD

Sandra Speckert, Jörg Kastendiek und Fraktion der CDU